

Sachdokumentation:

Signatur: DS 193

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/193



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Bürgerliche Sparpolitik überwinden!

Politik für eine demokratische und sozialistische Gesellschaft

Verabschiedet an der Jahresversammlung der JUSO Schweiz vom 15.03.2014

Die Antwort der Besitzenden und ihrer bürgerlichen Handlangern auf die Krise lautet in der Schweiz und der ganzen Welt Austerität. Neben den direkten Abwälzungen der Krise in Form von Entlassungen und Lohnsenkungen bedeutet das: Staatshaushalte kürzen, soziale Errungenschaften zu Tode sparen. Auch gegen den Willen der Bevölkerung. Der Grund für die Sparzwänge ist aber nicht nur die Ideologie. Es ist die Krise und damit der Kapitalismus selbst. Es ist ein Wirtschaftssystem, in dem Geld in die Taschen einiger Weniger gescheffelt wird – und das auf Kosten aller anderen. Ein Wirtschaftssystem, das eine immer reichere, immer mächtigere Elite schafft, die selbst schaltet und waltet wie sie will und keine demokratische Mitbestimmung zulässt. Das Kapital konzentriert sich zusehends und der breiten Bevölkerung fehlt das Geld um ihren Konsum aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig sorgen die Besitzenden durch die Bürgerlichen dafür, dass sie ihre Gewinne und Vermögen nicht besteuern müssen. In der Krise fehlt es so auch dem Staat an Geld, und so müssen wir doppelt sparen. Es wird klar: Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten.

Von der ökonomischen Krise zur Krise der Demokratie

Im Herbst vor fünf Jahren zerbrach das erste Finanzinstitut, die amerikanische Bank Lehman Brothers. Banken auf der ganzen Welt schlitterten ebenfalls Richtung Bankrott; nur dank staatlicher Milliardenhilfe überlebten die Banken, so musste beispielsweise die UBS mit 68 Milliarden Franken auf Kosten der Steuerzahler_innen unterstützt werden. Gleichzeitig werden Tausende auf die Strasse gestellt und ihre Löhne gekürzt. Europa wird seit 2008 von dieser tiefen Krise erschüttert. Dieser enorme Kraftakt der Staaten bleibt bis heute für die Verantwortlichen ohne Folgen: Sie werden nicht bestraft, die Spielregeln nicht geändert.

Ausbaden müssen die Folgen aber die Menschen auf der ganzen Welt. Sparen wird als Devise verkündet. Das bedeutet das definitive Ende der sozialen Sicherheit. Es wird bei den Löhnen und den Renten gespart. Es werden Hunderttausende Arbeitsplätze prekariert oder gleich gestrichen. Die Gesundheitsausgaben werden gekürzt. Das Rentenalter wird angehoben. Die Arbeitslosenquote, insbesondere von Jugendlichen, steigt auf unvorstellbare Höhen, so betrug beispielsweise die Jugendarbeitslosenquote im Jahr 2013 in Griechenland 59.2%. Den Menschen bleibt immer weniger in der Tasche, viele leben in Armut. Diese Politik hat zwangsläufig Auswirkungen auf die Volkswirtschaft: Wer bei den Löhnen und Renten spart, der senkt die Kaufkraft. Der Konsum sinkt weiter, die Krise verschlimmert sich.

Die Lage der Schweiz unterscheidet sich auf den ersten Blick stark von jener unserer Nachbarländer. So ist die soziale Lage in den umliegenden Staaten um ein vielfaches angespannter. Doch wir sind Teil desselben ökonomischen Systems. Auch bei uns gibt es nur wenige Profiteure in den vergangenen Krisenjahren. Die Schere zwischen arm und reich wird grösser. Das Kapital konzentriert sich in den Taschen von ein paar Wenigen.

Die Akkumulation des Kapitals liegt in der Natur des Kapitalismus. Die wenigen Besitzenden bestimmen über die Wirtschaft der Staaten, auch in der Schweiz. Damit halten sie einen entscheidenden Machtfaktor im Staat in den Händen. Der Staat tritt so, gerade in der Krise, offen als Instrument der Reichen auf. So wird die Demokratie erpressbar. Grosse Unternehmen geben den Takt an und die Politik wagt es nicht, die bedeutenden Fragen von Verteilung, Besitz und Entscheidungsmacht zu thematisieren.

Diese von übermächtigem Kapital beherrschte Demokratie ist die Grundlage für die Politik, welche die Bürgerlichen in ganz Europa betreiben. Wir müssen erkennen: Eine Gesellschaft mit ungerechter ökonomischer Verteilung kann nicht demokratisch sein.

In dieser Krise erfüllt die Politik ihre zentrale Aufgabe nicht mehr. Sie schafft nicht mehr ein lebenswertes Umfeld für alle Menschen, sondern ein gutes Klima für die Vermögenden. Die gekaufte bürgerliche Politik macht den Reichen Steuergeschenke in Milliardenhöhe – in der Schweiz mit Steuerdumping zwischen den Kantonen oder Steuerreformen.

Die Demokratie wird diesem Interesse untergeordnet. Oder wie es Angela Merkel ausdrückte: "Die Demokratie muss marktkonform sein." Die Sozialdemokratie reagiert darauf ideenlos, ist diesem Denken mancherorts sogar gefolgt.

Klassenkampf von oben

Die bürgerliche Ideologie führt nicht einfach dazu, einseitig ökonomische Vorteile für die Reichen und Vermögenden zu schaffen. Wir alle müssen dafür bezahlen. Wenn immer weniger eingenommen wird über Steuern, dann bleibt auch weniger, um staatliche Leistungen zu finanzieren. Gerade auf kantonaler und kommunaler Ebene sind die Auswirkungen enorm. Fehlt hier das Geld für die Gemeinschaft, wird das Leben vieler Menschen in der Schweiz eingeschränkt. Wir bekommen die Folgen der Sparpolitik direkt zu spüren.

Bestes Beispiel dafür ist die Unternehmenssteuerreform II vom Banker-Bundesrat Merz. Im Jahr 2007 vom ihm verkauft als Reform für KMU und Arbeitsplätze, haben wir heute unter voraussichtlich 4-6 Milliarden Franken an Steuerausfällen bei Bund und Kantonen zu leiden. Gezielt wurde hier eine reiche Klientel bedient, reiche Aktionäre und Unternehmer haben mit Hilfe der bundesrätlichen Lügerei Milliarden an Steuerfranken gestohlen. Heute begründen sie damit Sparpakete.

Die Massnahmen wie die Aushöhlung des Sozialwesens, Lohnsenkungen und Entlassungen bei den öffentlichen Angestellten, haben jedoch neben der Profitmaximierung eine weitere Funktion: Sie spalten die Jugend und die Arbeitenden und zementieren damit die kapitalistischen Verhältnisse. Es ist an der Zeit, dass diesem Kampf der von den Besitzenden geführt wird, die unbedingte Klassensolidarität der 99% entgegengestellt wird!

Die Sparpolitik der Bürgerlichen ...

Die bürgerliche Steuerpolitik bedroht Bereiche, die für eine gerechte Gesellschaft unabdingbar sind, denn ihre Finanzierung ist nicht mehr gesichert. Die staatliche Infrastruktur wird an den Rand des Ruins getrieben. Die Menschen und der hart erkämpfte Service Public müssen sich einer Ökonomisierung unterwerfen. Um zu sparen, wird

versucht, jede staatliche Aufgabe „gewinnbringend“ umzubauen: Aus Student_innen werden „Aktien“, aus Lehrer_innen „Dienstleistungserbringer_innen“, aus Schüler_innen „Konsument_innen“. Wo das nicht möglich ist, wird radikal gespart. So sind Sparpakete geschnürt worden oder werden geschnürt in vielen Kantonen wie Aargau, Baselland, Bern, Luzern, Neuenburg, St.Gallen, Schaffhausen, Tessin, Thurgau, Zürich oder in Gemeinden wie Aarau, Chur, Genf oder Winterthur, die einem sozialen Kahlschlag gleichen. Die Herzstücke sozialdemokratischer Politik trifft es als allererstes: Bildung, Sozialwerke, Kultur und Gesundheit müssen bluten.

... für die wir bezahlen sollen!

Zusätzlich zu diesem Leistungsabbau, verlangen die Herrschenden von der arbeitenden Bevölkerung, immer mehr abzugeben. Gebührenerhöhungen – seien es Abfall-, Wasser-, Krankenkassen- oder Studiengebühren – sind ein asoziales Mittel, um die Steuerausfälle der Reichen mit Abgaben der Mehrheit zu kompensieren.

Noch perfider sind aber die Auswirkungen der Steuersenkungen auf kommunaler Ebene: Weil Bund und Kantone an der Steuerprogression rumschrauben, Reiche und Unternehmensgewinne entlasten und Gemeindebeiträge kürzen, fließt weniger Geld in die kommunalen Kassen. Die haben keine andere Möglichkeit, als den Steuerfuss für alle gleich zu erhöhen: Auch das trifft die arbeitende Bevölkerung besonders hart. Gewinne von Unternehmen und Vermögen von Privaten bleiben hingegen kaum angetastet.

Problematisch ist insbesondere, dass sich an den Sparübungen auch VertreterInnen der Sozialdemokratie beteiligen. Von der Labour Party im Vereinigten Königreich, der SPD in Deutschland und der PASOK in Griechenland wissen wir, wozu eine solche Politik sozialdemokratische Parteien machen kann: Zu SteigbügelhalterInnen kapitalistischer Interessenspolitik. Wir dürfen uns daher nicht scheuen die Beteiligung sozialdemokratischer Regierungsmitglieder an Sparprogrammen schonungslos als das anzuprangern, was sie ist – Politik für ein paar Wenige statt für Alle.

Ändern was uns stört. Jetzt!

Wir fordern eine demokratische Wirtschaft für eine solidarische Gesellschaft. Unsere Antwort kann nur eine sein: Das kapitalistische Wirtschaftssystem muss überwunden werden. Denn die Ursache dieser Misere ist nicht nur die bürgerliche Politik, sondern liegt in unserem System begründet. Die Akkumulation des Kapitals ist systemisch im Kapitalismus. Und genau hier liegt das Problem: Denn von dem Wert, der von den Arbeitnehmenden erarbeitet wird, fließt immer ein Teil in die Hände des Kapitalisten. Dieser Mehrwert, den sich die besitzende Klasse aneignet, begründet die Akkumulation des Kapitals. Damit können weitere Profitmöglichkeiten geschaffen und der Besitz weiter vermehrt werden. Wer an diesem Sachverhalt nichts ändert, wird keinen Weg aus der Krise finden, ohne gleich in eine weitere Krise zu geraten.

Wir müssen dort eingreifen, wo wir heute Handlungsmöglichkeiten haben. In den Kantonen werden heute die Reichen von der bürgerlichen Politik geschützt. Wir müssen mit konkretem Widerstand eingreifen. Hier können wir die bürgerliche Sparpolitik demaskieren und die Widersprüchlichkeiten des kapitalistischen Systems thematisieren.

Denn die Milliarden, die Unternehmen an Steuerzahlungen einsparen, fehlen besonders bei den Kantonen sowie den Gemeinden und treffen die Menschen auch dort besonders hart. Hier können wir die finanzielle Selbstbestimmung der Gesellschaft fordern und damit die demokratische Mitbestimmung in die Gesellschaft tragen. Denn hier können wir unmittelbar die Ursachen und Auswirkungen bürgerlicher Politik und kapitalistischer Akkumulation auf unser Leben bekämpfen.

Dazu müssen wir das Geld am richtigen Ort holen und in die Gesellschaft bringen. Die Gesellschaft muss sich nehmen, was ihr gehört. Ein Schritt in diese Richtung ist die Steuerpolitik. Die Steuern müssen gesamtschweizerisch vereinheitlicht, die Progression muss verstärkt, die Vermögens- und Unternehmensbesteuerung erhöht sowie eine Kapitalgewinnsteuer, eine Erbschaftssteuer und eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden.

Auf der anderen Seite müssen wir die fundamentalen Rechte der Menschen verteidigen und die Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung verteidigen und kommende Kämpfe führen: Dazu zählen insbesondere das Recht auf kostenlose Bildung von der Krippe bis zur Uni, anständige Löhne für alle Angestellten, würdige Lebensmöglichkeiten für die sozial schwächer gestellten Personen, sowie die Finanzierung der Kultur- und Sportinstitutionen aller Sparten. Das Geld muss für die Menschen und nicht für Militär, Strassenbau oder Geheimdienste ausgegeben werden.

Um den Sozialismus voranzutreiben, die bürgerliche Sparpolitik zu überwinden und echte Demokratie zu erkämpfen,

1. beauftragt die Jahresversammlung der JUSO Schweiz die Geschäftsleitung in Zusammenarbeit mit den Sektionen ein Handbuch mit Vorschlägen zu politischer Bildung und Aktivismus auszuarbeiten, sowie eine Dachkampagne zu entwickeln.
2. ruft die Jahresversammlung der JUSO Schweiz die Sektionen dazu auf, in ihren Kantonen, Regionen und Gemeinden mit allen politischen Mitteln die bürgerliche Sparpolitik zu bekämpfen und Bündnisse aus Arbeitnehmenden, Lernenden, Schüler_innen und Student_innen anzuführen. Mit politischer Bildung und Aktivismus soll das Polit- und Wirtschaftssystem grundlegend verändert werden.
3. Ruft die Jahresversammlung der JUSO Schweiz die Geschäftsleitung und die Sektionen dazu auf, in der Schweiz, in ihren Kantonen, Regionen und Gemeinden dafür zu sorgen, dass die Sozialdemokratie sich der bürgerlichen Sparideologie widersetzt und sich in keiner Form an deren Ausarbeitung und Umsetzung beteiligt.